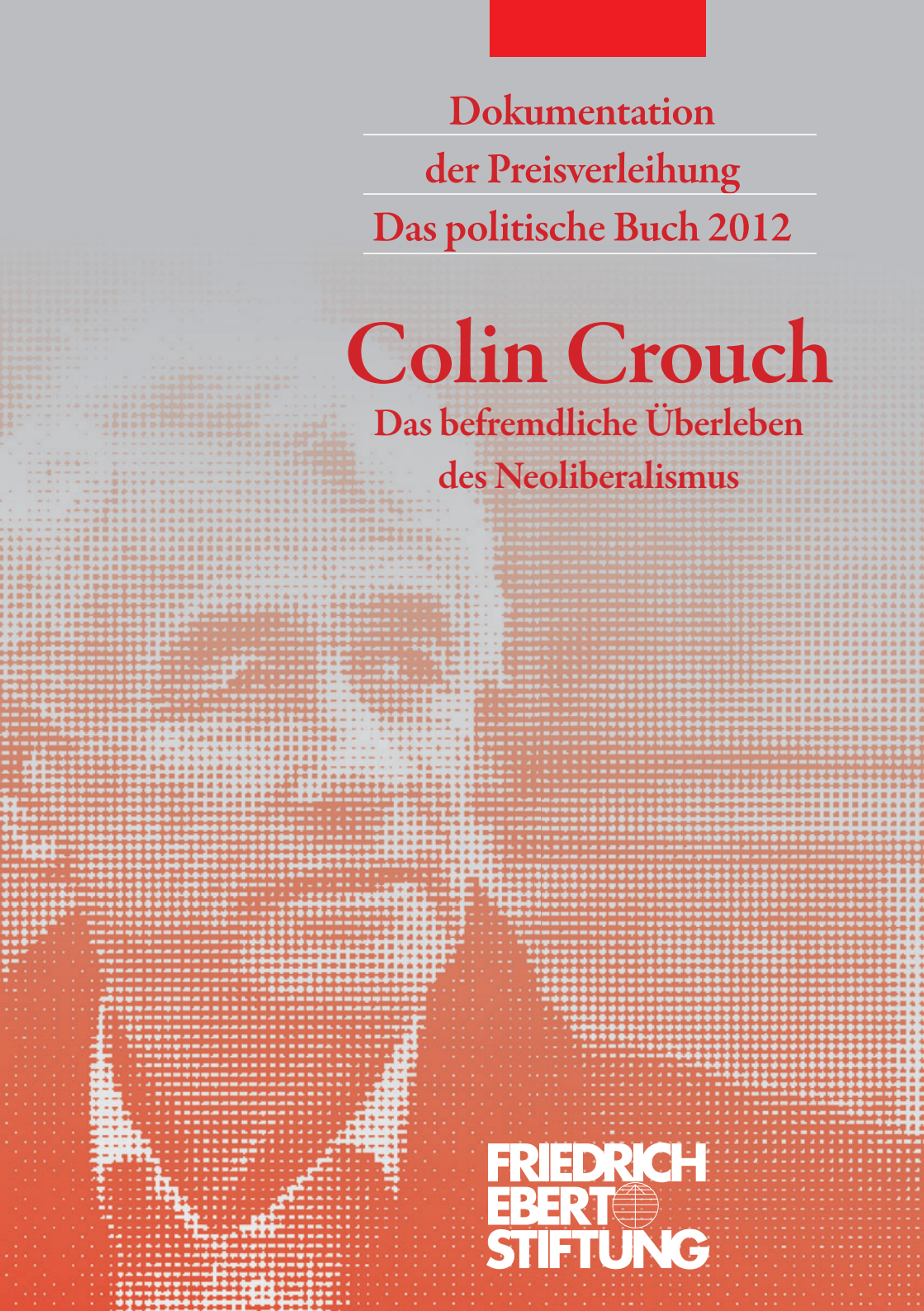
Dokumentation
der Preisverleihung
Das politische Buch 2012

Colin Crouch

Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus



FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Dokumentation

der Preisverleihung

Das politische Buch 2012

Colin Crouch

Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus

8. Mai 2012 in Berlin

Die vorliegende Dokumentation gibt in leicht gekürzter und überarbeiteter Form die Reden wieder, die anlässlich der Preisverleihung „Das politische Buch“ an Colin Crouch am 8. Mai 2012 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin gehalten wurden.

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Verantwortlich: Tobias Mörschel

Layout: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn
Fotos: Titelfoto: Jürgen Bauer, Fotos innen: Joachim Liebe

Inhalt

4 **Begrüßung**
Dr. Peter Struck
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

7 **Festrede**
Sigmar Gabriel
Vorsitzender der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

24 **Laudatio**
Dr. Klaus Hohlfeld
Sprecher der Jury „Das politische Buch“

27 **Begründung der Jury**

29 **Die Urkunde**

31 **Dankesrede**
Colin Crouch

37 **Empfehlungsliste 2012**

40 **Die Jurymitglieder**

42 **Die Preisträger „Das politische Buch“ seit 1982**

46 **Informationen zur Vergabe des Preises**

Begrüßung und Eröffnung

Dr. Peter Struck
Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Guten Abend, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlich willkommen hier bei uns in der Friedrich-Ebert-Stiftung, als deren Vorsitzender ich Sie sehr gern begrüße. Ich begrüße auch die Mitglieder der Jury, die das politische Buch ausgewählt haben, die Vertreter des Suhrkamp Verlags und vor allen Dingen begrüße ich herzlich den Preisträger dieses Jahres: Colin Crouch. Natürlich genauso herzlich begrüße ich meinen alten Freund Sigmar Gabriel, den Vorsitzenden der SPD.

Wir feiern heute aus doppeltem Anlass: Im Zentrum steht die Ehrung unseres diesjährigen Preisträgers Colin Crouch für sein Buch „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“. Der Titel gefällt mir wunderbar. Da wir aber heute den Preis zum 30. Mal verleihen, möchte ich diese Gelegenheit nutzen, auch ein wenig den Preis als solchen zu feiern. Gestatten Sie mir bitte, bevor wir zu Colin Crouch als Hauptperson kommen, einen kurzen Blick zurück in die Historie dieses Preises, der nicht nur einer der wichtigsten, sondern auch, wenn ich es richtig überblicke, einer der ältesten politischen Sachbuchpreise in Deutschland ist. Warum verleihen wir als Friedrich-Ebert-Stiftung diesen Preis? Durch den Preis möchten wir die große Bedeutung des politischen Buches für die lebendige Demokratie würdigen.

Wir verleihen ihn seit 1982 jährlich an Autorinnen und Autoren herausragender Neuerscheinungen, die das politische Interesse stärken, Politik einem breiten Publikum verständlich machen und gesellschaftspolitisches Engagement befördern sollen. Mit dem Preis zeichnen wir Bücher aus, die richtungweisende Diskurse anstoßen und wichtige Impulse für die Auseinandersetzung mit zentralen politischen Fragen geben.

Die ursprüngliche Initiative für diesen Preis ging vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Verleger, Buchhändler, Bibliothekare in der Friedrich-Ebert-Stiftung aus. Auch wenn die Arbeitsgemeinschaft 1990 aufgelöst wurde, so hat doch der Preis Bestand. Zwei der heutigen Jurymitglieder, Klaus Hohlfeld und Dieter Schuster, sind schon von Anfang an, also 30 Jahre, dabei.

Die Preisträger der letzten 30 Jahre waren zum Teil Autoren mit großem Namen: Tomi Ungerer, Günter Gaus, Michail Gorbatschow, Helmut Schmidt, Vaclav Havel, Hans Magnus Enzensberger, Norberto Bobbio, Gioconda Belli, Heinrich August Winkler, Erhard Eppler und letztes Jahr Peer Steinbrück.

Die Jury hatte immer einen Spürsinn für Autoren, deren Bedeutung früh erkannt wurde, wie dies der Fall war bei Timothy Garton Ash, Richard Sennett, Wolfgang Engler oder Carolin Emcke. Es wurden stets Bücher mit aktueller politischer Thematik ausgezeichnet: Bücher, die den politischen Umbruch 1989/90 behandeln, die den gesellschaftlichen Wandel der Gegenwart ausleuchten, sich mit wichtigen gesellschaftspolitischen Themen wie Armut oder Datenschutz beschäftigen. Bücher, die die Folgen der Globalisierung und aktuelle internationale Konflikte in den Blick nehmen, immer

wieder auch Bücher, die sich den Themenfeldern Wirtschaft, Staat und Demokratie widmen. Und zu diesem letztgenannten Bereich gehört unser diesjähriger Preisträger Colin Crouch. Das Buch mit dem geradezu poetisch anmutenden Titel „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ ist ein preisgekröntes Werk, bringt aber einen in der Tat äußerst verstörenden Befund auf den Punkt. Wie kann es sein, dass es bislang nicht gelungen ist, die Axt an die eigentlichen Wurzeln der Finanzkrise zu legen, und stattdessen im hektischen Bemühen zwar gewisse Auswüchse bekämpft, aber die eigentlichen Ursachen nicht beseitigt werden? Wie kann es sein, dass der Neoliberalismus immer noch lebt?! Das ist in der Tat mehr als befremdlich.

Colin Crouchs Buch ist sehr ernüchternd. Ich habe es vom Anfang bis zum Ende mit hoher Aufmerksamkeit gelesen. Wir sind im Vorgespräch dazu gekommen, dass man sagen muss: Regierung und Politiker haben wenig Möglichkeiten, diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen. Sie sollten es natürlich. Aber manchmal fragt man sich schon: Welche Macht haben eigentlich Politiker noch? Welche Kraft haben sie, gegen internationale Konzerne oder Finanzmärkte anzugehen? Einfache Lösungen präsentiert uns Crouch nicht. Er zeigt uns die Gefährdungen der Demokratie auf und macht deutlich, welch großer Anstrengungen es bedarf, um zu verhindern, dass wir nicht sukzessive und unmerklich in postdemokrati sche Zustände gleiten. „Postdemokratie“, das Buch von Colin Crouch, kennen wir alle und haben es schätzen gelernt.

Die Demokratie zu stärken, ist gleichsam das Leitmotiv aller Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung im Inland, im Ausland. Wir beschäftigen uns ganz zentral mit der Frage, vor welchen Herausforderungen die Demokratie steht, welchen Gefährdungen sie ausgesetzt ist und welchen Beitrag wir leisten können, um sie zukunftsfähig zu machen. Ihr Buch, lieber Colin Crouch, gibt uns dafür in unserer Arbeit besonders wichtige Anregungen.

Ich freue mich sehr, dass Sigmar Gabriel sich bereit erklärt hat, dazu eine Rede zu halten, und bin sehr gespannt auf seine Bewertung des Buches von Colin Crouch.

Festrede

Sigmar Gabriel
Vorsitzender der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Lieber Peter Struck, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Professor Crouch! Vielen Dank an die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Einladung. Es ist eine große Ehre, jemanden für sein jüngstes Buch, aber eigentlich schon für die Debatte über die „Postdemokratie" auszuzeichnen. Als einfacher Wahlkreisabgeordneter – seit 1990 im niedersächsischen Landtag, seit 2005 im Bundestag – habe ich das, was Sie wissenschaftlich erklären, in den letzten 20 Jahren immer stärker im Alltag spüren können. Mein Wahlkreis ist recht unterschiedlich strukturiert: industriell in einem Teil, ländlich und sehr bürgerlich im anderen. Als ich die „Postdemokratie" gelesen habe, dachte ich: Endlich erklärt mir das mal einer. Die Erklärung leuchtete mir

ein, auch wenn ich, dazu komme ich noch, mit dem doch sehr skeptischen und manchmal ein bisschen pessimistischen Blick des zweiten Buches als Sozialdemokrat und historischer Optimist, der an die Kraft der Aufklärung glaubt, meine Schwierigkeiten habe. Aber das ändert ja nichts daran, dass heute jemand einen Preis für das politische Buch des Jahres 2012 erhält, der eine dringend notwendige Beschreibung des Zustands unserer entwickelten westlichen Demokratien liefert. Denn vermutlich würde jemand in Indien oder Brasilien, der mit der sozialdemokratischen Idee etwas anfangen kann, mit dem pessimistischen Blick nur wenig seine Verhältnisse beurteilt sehen, obwohl im Kern dort – aus meiner Sicht – wenigstens ökonomisch und politisch keine anderen Zustände herrschen als in den entwickelten westlichen Demokratien, wie wir sie in Deutschland, in Europa, in den Vereinigten Staaten vorfinden.

Der Preisträger passt sehr gut zur Friedrich-Ebert-Stiftung, die in den letzten Jahren mit wichtigen Studien auf den teilweise besorgniserregenden Zustand unserer Demokratie aufmerksam gemacht hat. Professor Crouch hat mit dem Begriff der „Postdemokratie“ wirklich eine Marke gesetzt. An diesem Begriff arbeiten sich heute alle ab, die Veränderungen der westlichen Demokratien auf einen Begriff bringen wollen. Eigentlich ist schon der Begriff verstörend. Was ist postdemokratisch? Sozusagen „nach der Demokratie“? Ich füge hinzu: Das war wirklich eine notwendige und fruchtbare politische Debatte und eben keine rein akademische sozialwissenschaftliche Diskussion.

In dem Buch, für das er heute ausgezeichnet wird, geht Colin Crouch der Frage nach, warum die demokratische Welt scheinbar nichts aus dem Scheitern des Neoliberalismus als Wirtschaftstheorie gelernt hat. Das ist in der Tat erstaunlich. Schon das „Handelsblatt“ titelte nach der Finanzkrise, die Volkswirtschaft stehe vor den Trümmern ihrer eigenen Theorie.

Da erlebt die Welt die größte Wirtschaftskrise seit 80 Jahren und viele, auch hier im Saal, haben erwartet, dass damit das Ende des Zeitalters des Marktradikalismus und Neoliberalismus eingeläutet werde. Und es ist ja schon erstaunlich, dass diejenigen, die die absolute Freiheit der Märkte

gepredigt haben, die den Staat als jemanden diskreditiert haben, der sich zurückhalten solle – übrigens immer auch ein antipolitischer Reflex ganz generell –, dass diejenigen, die das gepredigt haben, mit dem Zusammenbrechen der Finanzmärkte zwar den besten Gegenbeweis für ihre Wirtschaftstheorie geliefert haben, der Neoliberalismus aber dennoch überlebt hat.

Wir erleben gerade in Europa eine Debatte über die Frage „Wie kommt man aus der Eurokrise?". Unsere Bundesregierung, an der Spitze Frau Merkel, antwortet darauf praktisch ausschließlich mit neoliberalen Angeboten oder Vorschriften. Höflich formuliert nennt man das angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, aber im Kern geht diese Politik nach wie vor davon aus, dass die Krise entstanden sei durch einen überbordenden Staat, der Fehlverhalten organisiert hat und den wir zurückdrehen müssen. Das zeigt einmal mehr: Oft sind wirtschaftliche Fragen eben keine Sach-, sondern Machtfragen. Genau darauf weist Colin Crouch in seinem Buch unmissverständlich hin, und das macht die Lektüre des Buches zu einem außerordentlich großen Gewinn.

Klaus Hohlfeld wird heute Colin Crouchs Buch über das befremdliche Überleben des Neoliberalismus ausführlich würdigen. Ich will mich hier auf einen Aspekt konzentrieren, der den Vorsitzenden einer Partei, die nächstes Jahr 150 Jahre alt wird, sozusagen qua Amt zu interessieren hat. Es geht um die Frage: Was können insbesondere die Sozialdemokratischen Parteien dazu beitragen, um eine demokratische Gegenmacht gegen die angeblich alternativlosen Anforderungen der Finanzmärkte zu mobilisieren? Wenn ich beide Bücher richtig gelesen habe, dann ist bei der Postdemokratie Ihr Blick auf die Sozialdemokratischen Parteien noch ein vergleichsweise freundlicher, Herr Professor Crouch, wohingegen er deutlich skeptischer oder pessimistischer ist in dem heute zu ehrenden Werk.

Wie weit die Verformung des Demokratieverständnisses geht, hat übrigens unsere Kanzlerin mit der Formulierung deutlich gemacht, man brauche eine – ich zitiere – „marktkonforme Demokratie“. Das ist eine Formulierung, auf die man erst mal kommen muss. Sie ist ungefähr das Gegenteil dessen, was Sozialdemokraten, aber durchaus auch Vorläufer der Kanzlerin auf konservativer Seite wie beispielsweise Ludwig Erhard unter einer sozialen Marktwirtschaft verstanden hätten.

Wir wollen, ganz im Gegenteil, statt dieser marktkonformen Demokratie eigentlich einen demokratiekonformen Markt. Das ist der zentrale politische Unterschied, der uns jedenfalls inzwischen mindestens ideologisch unterscheidet. Was ich vielleicht ein bisschen gegen den doch sehr skeptischen Blick von Herrn Professor Crouch einwenden würde, ist, dass der Neoliberalismus als ökonomische Macht überlebt hat, auch als Regierungsmacht, dass aber der große Unterschied zu meinen Erfahrungen der letzten 20 Jahre darin besteht, dass er in der Gesellschaft heute weit weniger als ein glaubwürdiges, überzeugendes Angebot gilt.

Das ist ein großer Unterschied, denn wenn wir vor zwei, drei oder fünf Jahren mit den Menschen diskutierten, dann waren die marktradikalen und neoliberalen Antworten in der Politik und in der Ökonomie quasi alltäglich. Sie sind uns von Journalisten ebenso entgegengehalten worden wie in der öffentlichen Debatte. Ich glaube, das hat sich deutlich geändert. Bis tief hinein in das konservative Bürgertum gelten die Vorstellungen der Neoliberalen heute eher als asozial, als dass sie Grundlage auch bürgerlichen Denkens wären. Wir haben zwar immer noch eine ökonomische Vorherr-

schaft, auch in den Regierungen, aber eben nicht als ideologische Hegemonie. Darauf setzt ja das Ende des Buches, wo Sie versuchen, einen nach meinem Eindruck etwas optimistischeren Ausblick zu geben, damit die Menschen nach der Lektüre Ihres Buches nicht alles aufgeben. Sie versuchen an dieser Stelle ja die Zivilgesellschaft zu orientieren und zeigen ihr Möglichkeiten auf, sich zu wehren.

Aber das ist eine harte Arbeit von Zuspitzung und Konzentration. Colin Crouch zeigt dem Leser, dass Wahlen zu gewinnen und den Neoliberalismus und seine Vertreter zu entmachten ein Rezept von gestern ist, das nicht mehr funktioniert, weil es nicht den berühmten einen Schalter gibt, mit dem sich alles in einer komplexen Welt ändern ließe.

Colin Crouch sieht allerdings Chancen für Alternativen bei der moralischen Verfasstheit der Zivilgesellschaft und der sozialen Verantwortung der Unternehmen. Ich gebe zu: Ich bin eigentlich kein Anhänger des Begriffs Zivilgesellschaft, weil er meinem Verfassungsverständnis widerspricht. Als Verfassungskonservativer würde ich sagen: Was ist denn der Staat, wenn nicht zivil? Das Bild von der Zivilgesellschaft produziert ein Gegenüber: dort der Staat und hier das Bürgertum. Das ist eigentlich nicht unser Verständnis von einem demokratischen Staat. Ich weiß, der Begriff hat sich eingebürgert – auch ich benutze ihn inzwischen, weil man sonst zu lange braucht, um zu erklären, worum es geht –, aber in einem solchen Rahmen kann man schon klarmachen, dass das Überleben des Neoliberalismus auch etwas damit zu tun hat, dass diese Verdammung des Staates als etwas uns feindlich Gegenüberstehendes auch in die Ideologie der politischen Linken und derjenigen, die sich Mitte-links oder linksliberal einordnen, eingedrungen ist, weil auch sie den Begriff Zivilgesellschaft als etwas vom Staat positiv zu Distanzierendes inzwischen in ihre Debatte aufgenommen haben.

In der ideologischen Auseinandersetzung über die Fragen, wem dieser Staat eigentlich gehört, hat der Neoliberalismus schon in der Sekunde gewonnen, in der wir erklären: Hier ist der Staat, und da sind wir, die Zivilgesellschaft. Auch das scheint mir ein Teil der Erklärung zu sein. Aber ich weiß, dass aus

vielen einzelnen gesellschaftlichen Kräften auch eine Gegenmacht entstehen kann. Die jüngsten Wahlen in Frankreich zeigen: Es gibt durchaus die Bereitschaft dazu.

Die moderne Bürgergesellschaft aus engagierten Menschen kann Stoppzeichen setzen, wo die Ökonomisierung des Lebens in Opposition zur Humanisierung tritt. Allerdings weiß ich von Colin Crouch, dass er in den Sozialdemokratischen Parteien in Europa keine auffälligen Hoffnungsträger sieht. Das muss ich jetzt ein bisschen zurückhaltend formulieren. Gerade ist der 1. Mai gewesen. Ich habe gesagt: Der Grund dafür scheint mir zu sein, dass 1889, als sich die ersten Vertreter der Arbeiterbewegung in Paris trafen, sie gesagt haben: Das Kapital ist national organisiert. Die einzige wirksame Antwort ist die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung. Etwas mehr als 100 Jahre später kann man den Eindruck haben: Die Einzigen, die wirklich international organisiert sind, ist die Kapitalseite, und diejenigen, die sehr auf den nationalen Bauchnabel schauen, sind im Zweifel die Vertreter der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung.

Es gibt viele gute Gründe, das zu ändern. Übrigens, auch Parteien, die – wie die Sozialdemokratie – die Individualisierung unserer Gesellschaft vorangetrieben haben und jetzt damit zu kämpfen haben, dass eine sich individualisierende Gesellschaft zu Massenorganisationen eine gewisse Distanz pflegt, weil man dort Individualität aufgibt, wollen, dass sich das ändert: Sie wollen sich europäisieren und internationalisieren und knüpfen damit an Ideen an, die zur Gründung der Sozialdemokratie geführt haben. Die Sozialdemokratie muss sich aber auch öffnen für die Teilhabe derjenigen, die jetzt gemeinhin unter dem Begriff Zivilgesellschaft genannt werden: Menschen, die sich an einem Mehr an Freiheit, an einem Mehr an Demokratie, an einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit beteiligen wollen, ohne Mitglied einer entsprechenden Partei zu werden, müssen bei uns in den klassischen Parteistrukturen willkommen sein. Sie müssen etwas anderes empfinden, als Störenfriede der gewohnten innerparteilichen Organisationsform von Mitbestimmung zu sein.

Wir Sozialdemokraten setzen uns seit fast 150 Jahren für eine freie, gerechte und solidarische Welt ein – länger übrigens als alle anderen Parteien in Europa. Aber auch wir müssen erkennen, dass wir uns verändern und öffnen müssen für die Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren wollen, aber sich von Massenorganisationen distanzieren. Übrigens: Ab und zu darf man in der Debatte über Parteien auch darauf hinweisen, dass wir die einzige Partei sind, die mehr als 120 Jahre lang ihren Namen nicht ändern musste, und zwar, weil wir nie etwas gemacht haben, für das wir uns derart schämen müssten, dass wir uns hätten umbenennen müssen. Das ist sonst nur denen gelungen, die erst nach 1945 gegründet worden sind. Alle anderen mussten in ihrer Geschichte ihren Namen wechseln, die Sozialdemokratie nicht. Auch darauf darf sie ein bisschen stolz sein.

Unsere heutige Parteiendemokratie hat sich gegenüber allen anderen politischen Organisationsformen durchaus als kräftig und wirksam erwiesen. Trotz aller Skepsis können wir darauf setzen, dass der Parlamentarismus und die Beteiligung in Parteien sowie die repräsentativen Demokratien etwas sind, auf das wir nicht verzichten können. Aber kein Zweifel: Unsere Parteien

erfüllen für viele Menschen nicht mehr in vollem Umfang die Erwartungen an demokratische Politikgestaltung. Colin Crouch hat in seinen Büchern einige Gründe genannt. Er sagt, dass Parteien eine starke Konkurrenz erwachsen ist. Lobbyismus und Finanzwirtschaft bestimmen viele politische Entscheidungen. Manchmal laden wir deren Vertreter sogar dazu ein und bitten darum, dass sie mal für eine Zeit Staatssekretäre werden, damit wir eine richtige Steuerreform hinkriegen, weil wir glauben, dass es ohne sie nicht ginge. Trotzdem bin ich fest davon überzeugt, dass es keine Demokratisierung ohne Parteien geben kann. Aber sie müssen sich erneuern. Und sie müssen, wie gesagt, viel enger mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten. Kurzum: Sie müssen sich Bündnispartner suchen für Veränderungen in den elementaren Politikbereichen.

Der Verdacht vieler Bürgerinnen und Bürger, dass die Kenntnisse in den Volksparteien über den Alltag der Menschen geringer geworden sind, weil die Mitgliederstruktur der Volksparteien nicht mehr die unterschiedlichen beruflichen und sozialen Erfahrungen der gesamten Gesellschaft widerspiegelt, besteht ja nicht zu Unrecht. Früher war die Sozialdemokratie eine Partei, in der die aktiven Betriebsräte, der Sportvereinsvorsitzende und der Chef der Feuerwehr mitwirkten. Heute ist es häufig so, dass bei uns der pensionierte Betriebsrat, der Ehrenvorsitzende des Sportvereins und der Chef der Altersabteilung der Feuerwehr Mitglieder sind. Nichts gegen deren Lebenserfahrung! Aber eine Partei, die für sich beansprucht, sie sei die Partei der Arbeit, kann auf die berufsaktiven Generationen nicht verzichten. Und wenn deren Vertreter nicht von selbst zu uns kommen, müssen wir sie einladen, ohne dass sie automatisch bei uns Mitglieder werden.

Deshalb wollen wir als Sozialdemokratie auf allen Ebenen der Politik diese enge Zusammenarbeit stärken – auch aus der Erkenntnis heraus, dass wir allein nicht mehr in der Lage sind, die Verhältnisse zu verändern. Aber ich gebe zu, ich bin nicht sicher, ob das ausreicht, um die wachsende Distanz gegenüber der Politik zu überwinden. Denn längst haben sich Regierende und Regierte voneinander entkoppelt. Nichts habe ich in den letzten Monaten, Jahren mehr gehört als das Bild von „Ihr da oben, wir hier unten". Politiker als abgehobene Klasse. Manchmal bezeichnen wir uns ja schon selber als politische Klasse. Die Medien tun das, und wir fühlen uns nicht mal getroffen. Also eine Gruppe von Leuten, die eigentlich mit dem Alltag nichts zu tun hat und die sich auch gar nicht mehr darum kümmern will, weil sie sich mit sich selber beschäftigt. Dieses dichotomische Bewusstsein in der Bevölkerung halte ich für eine Riesengefahr. Und wir erleben das ja: Gerade in der Auseinandersetzung mit neuen politischen Parteien kommen auf einmal wieder Begriffe in Mode, die mich als Sozialdemokraten immer ein bisschen schaudern lassen, zum Beispiel der Begriff von Altparteien und Altpolitikern. Diese Begriffe gab es schon mal in der deutschen Geschichte. Es fehlt nur noch die Bezeichnung des Parlaments als Quasselbude. Dann haben wir wieder Topoi, von denen wir hofften, dass wir sie längst überwunden haben.

Und zu „denen da oben“ gehört in der Wahrnehmung vieler Menschen auch die Sozialdemokratie, gehören längst auch die Grünen. Und wenn sie lange genug dabei sind, auch irgendwann die Piraten. Das Zutrauen schwindet. Ein Teil der Wählerinnen und Wähler glaubt nicht mehr daran, dass wir überhaupt in der Lage sind, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu bestimmen oder sie zum Besseren zu wenden. Ein Teil findet es noch schlimmer: Er glaubt gar nicht, dass wir es wollen. Deshalb brauchen wir andere und praktischere Partizipationsmöglichkeiten. Ich glaube, das wird uns auch dazu bringen müssen, Volksentscheide, Referenden, direkte Demokratie in allen Politikbereichen, auch in der Bundespolitik, stärker zu implementieren. Übrigens auch größere Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren.

Natürlich kenne ich die kritischen Einwände gegen direkte Demokratien oder Formen direkter Demokratie. Aber, ehrlich gesagt, als Vorsitzender einer großen Partei sage ich auch: Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern die Fähigkeit zu einer Entscheidung gar nicht mehr zutrauen, sondern nur noch glauben, wir wüssten und könnten es stets besser, muss man aufpassen, dass man damit nicht ein zynisches Verhältnis zur eigenen Bevölkerung

entwickelt. Ich persönlich glaube umgekehrt, dass Formen direkter Demokratie uns helfen können, den Zynismus in der Politik zu bekämpfen. Natürlich haben alle Parteien in Deutschland Wahlversprechen gemacht, bei deren Formulierung sie bereits geahnt haben, dass ihre Einlösung höchst unwahrscheinlich ist. Wir haben uns dann damit herausgeredet, dass wir auf Seite 220 eines Wahlprogramms geschrieben haben: Das steht unter Finanzierungsvorbehalt. Um dann hinterher erklären zu können, warum wir das zwar gesagt haben, aber es nicht verwirklichen können. Das ist eine zynische Form von Politik unter der Überschrift: Do it quickly and in a dirty manner am Anfang einer Regierungszeit in der Hoffnung, vier Jahre später haben es die Wähler vergessen. Man muss sich nicht wundern: Wenn Menschen lange genug zynische Politik erlebt haben, reagieren sie zynisch und gehen ebenso mit der Politik und mit Parteien um. Ich glaube, dass wir an diesem Punkt sind.

Wenn wir das nicht überwinden, wird die Kluft zwischen Parlamentarismus und Bevölkerung immer größer. Eine der Brücken, die wir bauen können, um den Zynismus zu bekämpfen, sind in der Tat Formen direkter Demokratie, weil sich die Parteien gründlich überlegen werden, ob sie bestimmte Dinge

sagen oder tun, wenn sie damit rechnen müssen, dass die Bevölkerung das Recht hat, über dieselbe Sache anschließend selbst zu entscheiden. Das bedeutet nicht, dass die Abstimmungen besser oder schlechter sind. Das bedeutet erst mal, dass das Überlegen, die Aufklärung, die Intensität der Debatte zunehmen werden, wenn man als Partei oder Regierung ein entsprechendes Ziel verfolgt und, wie gesagt, es eben nicht bei dem zynischen Spruch bleiben kann: Wir machen die Dinge, die unangenehm sind und die wir vor der Wahl nicht gesagt haben, am Anfang; in vier Jahren werden die Leute es schon vergessen haben.

Wir müssen das Vertrauen in politische Entscheidungsträger und in Wahlen und Demokratie zurückgewinnen. Ansonsten bleibt nämlich nur das expertenorientierte „government by commission". Wir haben das ja gerade. In Italien ist der Regierungschef nicht etwa abgesetzt worden durch Wahlen, sondern weil die Europäische Zentralbank ihm keine Kredite mehr ermöglicht hat. In Griechenland gab es jetzt Wahlen. Da merkt man, wie schwierig es ist, eine Regierung zu bilden. Davor hatte man eine Technokratenregierung gebildet, interessanterweise mit dem an der Spitze, der zuvor als Chef der Nationalbank Griechenlands für das Fälschen der Statistiken durchaus mitverantwortlich war. Ein bisschen hat das, was wir dort erleben, etwas von Täter-Opfer-Ausgleich.

Oder: die Ethikkommission der Bundesregierung, die den Eindruck vermittelt hat, der Atomausstieg sei sozusagen eine Expertenentscheidung gewesen und keine politische.

Ich glaube, dass man aufpassen muss, dass dieser Glaube an die politische Fähigkeit von Experten nicht schlimme Folgen entwickelt. Ich finde, gegen die Expertokratie spricht fast alles: Bildungs- und Wissensstand der Bevölkerung, Charakter der Politik und ihrer Entscheidung im Zeitalter der Moderne, wachsende Teilhabe, Ansprüche der Bürger, herrschender gesellschaftlicher Diskurs und die wachsende Entsakralisierung der Politik im Zeitalter massenmedialer Öffentlichkeit. Nie waren Menschen gebildeter und besser informiert als heute. Der Abiturientenanteil in Deutschland ist von 1945 bis 2008 von 5 Prozent auf 45 Prozent eines Jahrgangs angewach-

sen. In Frankreich liegt er deutlich über 60 Prozent. Nie waren Informationen weltweit besser erschlossen und verfügbar als im Zeitalter des Internets. Deshalb bin ich überzeugt, wir sollten den Bürgern durchaus mehr zutrauen. Das belebt die öffentliche Debatte und eröffnet auch engagierten Bürgerinnen und Bürgern politische Mitwirkungsmöglichkeiten. Die einzig adäquate Antwort oder Form der Demokratie für diese „society of the smart people" im 21. Jahrhundert besteht deshalb darin, die Partizipationsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern auszuweiten, wobei mehr Partizipation auch mehr Verantwortung bedeutet. Aber das kann ja durchaus auch Vorteile haben.

Ich bin überzeugt, ein wichtiges Element muss die Stärkung direktdemokratischer Elemente auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene sein. Natürlich kenne ich auch da das Gegenargument, dass in Zeiten der Angst und der Sorge eine Europapolitik außerordentlich schwierig ist und an Zustimmung verlieren könnte, manche Entscheidungen vielleicht gar nicht mehr mitgetragen würden. Aber ich bin mir nicht ganz sicher, was gefährlicher ist: diese Entscheidungen immer an allen Menschen vorbei durchzudrücken und jedes Jahr ein bisschen mehr zu merken, dass man an Zustimmung verliert, oder den Zwang zum Erklären, zum Kampf um Europa zu erhöhen, weil es eben nicht mehr ein Projekt der politischen und wirtschaftlichen Eliten sein darf, sondern eines, bei dem wir unsere Bevölkerungen mitnehmen und auch mit ihnen argumentieren, streiten, klären müssen, Rückschläge in Kauf nehmen, weil „à la longue" das die stabilere Form der europäischen Entwicklung ist als die von oben verordnete.

Also ich glaube, dass das ein Beitrag sein kann, ganz praktisch den Hinweis von Colin Crouch auf die Potenziale der Zivilgesellschaft mit der klassischen Form von Parteiendemokratie und parlamentarischer Demokratie zu verbinden. Ein neuer Anlauf zur Belebung der Demokratie in unserem Land muss dem ökonomischen Menschenbild des Neoliberalismus eine menschliche, zugleich progressive Vision eines selbstbestimmten Bürgers gegenüberstellen. Menschen sind für uns Staatsbürger, Bürger am Arbeitsplatz.

Sie sind Privatpersonen in ihrem öffentlichen und privaten Lebensumfeld. Und sie sind Verbraucher. Es geht also nicht allein um die Stärkung der politischen Partizipation durch direkte Demokratie, sondern ebenso um die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Arbeitnehmer, die Stärkung der Verbraucherrechte, die Auswirkungen der Mitbestimmung und die Selbstbestimmungsrechte am Arbeitsplatz.

Für mich als Sozialdemokraten ist deshalb klar: Die Forderung nach mehr Demokratie ist zugleich der Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit. Das setzt politische und wirtschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung über das eigene Leben voraus. Dazu gehört auch nach wie vor die Verteilungsfrage. Ich bin an dieser Stelle übrigens dann doch deutlich optimistischer als Colin Crouch. Aber was bleibt mir auch anderes übrig: Ich habe einen anderen Beruf. Gewiss, wir streben weder die Nationalisierung von Privateigentum an noch glauben wir an die Vergesellschaftung von Eigentum mittels extrem hoher Steuern. Aber es geht durchaus um eine faire Beteiligung der arbeitenden Menschen an den Erträgen von Unternehmen, und es geht um die gerechte Würdigung des Wertes von Arbeit. Das setzt wiederum eine neue soziale Ordnung voraus, um die wir politisch kämpfen müssen und die wir national nicht mehr schaffen können. Schon das ist der Grund, warum die Sozialdemokratie in Europa zusammenwachsen muss, denn auch da gilt der Satz von Brandt: Es muss zusammenwachsen, was zusammengehört.

Unternehmensentscheidungen dürfen Arbeitnehmer nicht zu Objekten degradieren, sondern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Subjekte, die ihre Rechte und übrigens ganz viel beizutragen haben. Deswegen darf auch am Betriebstor kein Schild stehen: „Hier endet der demokratische Sektor Deutschlands." Für eine Gesellschaft, die sich am Wert der Gleichheit orientiert, haben wir in Deutschland sogar ein gutes Beispiel: Die Idee einer sozialen Marktwirtschaft, die in der jüngeren Geschichte, bevor sich Neoliberalismus und Marktradikalismus in den 90er-Jahren durchsetzten, entwickelt wurde, ist ja durchaus erfolgreich gewesen. Es geht jetzt darum, die soziale Marktwirtschaft oder – wenn Sie so wollen – die soziale und

ökologische Marktwirtschaft zurückzuerobern. Aber eben nicht auf nationaler, sondern mindestens auf europäischer Ebene. Dabei ist Europa so extrem wichtig, weil nur das ein Beitrag zur internationalen Debatte sein kann: In einem Europa, das zersplittert ist und in dem 27 Staaten versuchen, ihren eigenen Weg zu gehen, wird der chinesische oder der indische Staats- und Regierungschef nicht 27 Staats- und Regierungschefs nacheinander anrufen, um zu fragen, was denn so die Meinung in Europa ist. Entweder Europa hat in Zukunft eine oder keine Stimme. Das ist der Grund, warum wir so sehr auch vor dem Hintergrund aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten um den Zusammenhalt dieses Europas kämpfen. Ja, Deutschland könnte ökonomisch – vermutlich – auch ohne den Euro und Europa überleben. Wir könnten uns „verschweizern": ökonomisch erfolgreich, politisch bedeutungslos. Aber es wäre ein neuer deutscher Sonderweg. Diesmal kein militärischer, sondern ein ökonomischer – mit verheerenden Folgen für unseren Kontinent und mit dem erneuten Erwecken der Zentrifugalkräfte in Europa und einer Bedeutungslosigkeit des Kontinents und damit auch seiner Bürgerinnen und Bürger in der Debatte über die Veränderungen in unserer Welt.

Fest steht: Wir erleben eine Zeitenwende. Das Zeitalter der geistigen Hegemonie des Marktradikalismus und des Neoliberalismus geht zu Ende. Die Liberalen, jedenfalls die, die sich heute noch so nennen, erstarren und sterben wegen ihrer Substanzlosigkeit. Die FDP hat kein Personal oder kein „Lieferproblem", wie sie glaubt, sondern ein „Produktionsproblem". Es ist erstaunlich, dass in einer sich liberalisierenden Gesellschaft ausgerechnet eine liberale Partei sich 20 Jahre auf Marktradikalismus und Steuersenkung verengt hat. Aber es ist auch eine Chance für die Sozialdemokratie, ihre liberalen Wurzeln neu zu entdecken. Übrigens auch die Chance anderer Parteien.

Für die Mobilisierung braucht es politischen Streit, Zuspitzung. Konflikte müssen sein. Vor allen Dingen aber müssen wir aufhören, von Alternativlosigkeit zu reden. Nichts hat der Sozialdemokratie so sehr geschadet wie die Behauptung, eine bestimmte Form von Politik sei alternativlos und bedürfe keiner weiteren Begründung. Ich bin sogar überzeugt, dass wir gerade

dabei sind, wieder wirksame gesellschaftliche Mehrheiten durch eine Debatte über die denkbaren Alternativen zu gewinnen. Unser Anspruch als Sozialdemokratie ist es, dieses Missverhältnis zwischen dem Anspruch der Demokratie und der gelebten und erlebten gesellschaftlichen Wirklichkeit wieder zurechtzurücken. Es mag sein, dass es nicht von heute auf morgen geht, aber in einer Balance, in der Freiheit und Gerechtigkeit sich gegenseitig bedingen, damit Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt neu entstehen. Diese Idee von Sozialdemokratie ist heute noch genauso modern wie vor 150 Jahren.

Ich denke, Colin Crouch hat recht, wenn er in moralischen Ansprüchen die Basis für eine Gegenmacht gegen den Neoliberalismus sieht. Und: Solidarität bleibt dabei die Form, in der demokratische Gegenmacht wirksam werden kann und wirksam werden muss. Auch davon handelt dieses Buch. Deshalb bin ich dankbar, dass ich heute diese Streitschrift würdigen durfte.

Laudatio

Dr. Klaus Hohlfeld
Sprecher der Jury

Sehr geehrter Herr Crouch, meine Damen und Herren! Das Buch, das die Jury für die diesjährige Preisverleihung vorgeschlagen hat, hat auf exemplarische Weise Qualitäten, die geeignet sind für wirksame politische Aufklärung. Es behandelt aktuelle Fragen, die auch noch in absehbarer Zeit relevant sein dürften.

Das Buch von Colin Crouch „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ befasst sich mit einer höchst beunruhigenden Tatsache unserer politischen und gesellschaftlichen Gegenwart in der von der Marktwirtschaft bestimmten Welt, also auch in Deutschland. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind im Augenblick geprägt von Krisen. Die Politik kann hier nicht gestalten, sondern muss immer wieder neu auf wirtschaftliche Fehlent-

wicklungen reagieren. Die freie Wirtschaft, die sich nach den liberalen Vorstellungen durch einen funktionierenden Markt selbst reguliert, gerät derart in Schieflage, dass der Staat schützend eingreifen muss. Wir haben erlebt, wie er Banken vor dem Fiasko gerettet hat, damit das Finanzsystem nicht zusammenbricht. Und gerade die Banken sind es kurze Zeit später, die mit ihren durch ihre neoliberale Ideologie begründeten Ansprüchen wieder den Ton angeben. Der Staat, der angeblich nichts im Wettbewerb der wirtschaftlichen Kräfte zu suchen hat, musste zwar helfend eingreifen, wurde anschließend aber wieder in seine Grenzen verwiesen. Diese Finanzwirtschaft entwickelt immer wieder neue Produkte, die der Normalbürger nicht begreift, die aber Ursache für schwerwiegende und folgenreiche Fehlentwicklungen sind.

Colin Crouch zeigt uns auf, wie ursprünglich liberale Gedanken in der modernen Entwicklung pervertiert wurden. Es gibt nicht mehr die funktionierenden Märkte, in denen die einzelnen Marktsegmente einseitig von Konzernen beherrscht werden. Nicht mehr das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage prägt die Wirtschaft. Wettbewerb wird verhindert. Auch

die Politik wird nachhaltig manipuliert. Politik kann unter diesen Voraussetzungen auch nicht mehr regulierend eingreifen. Ihr bleibt höchstens noch die Aufgabe, soziale Folgen einer einseitigen Marktwirtschaft abzufedern. Aber auch und gerade diese Aufgabe des Sozialstaats wird von den Verfechtern des Neoliberalismus infrage gestellt.

Neoliberalismus ist keine Theorie, sondern brutale Praxis, ungehemmt sich entfaltendes Herrschaftswissen.

Die Jury war beeindruckt von der Fähigkeit Colin Crouchs, die komplexe Thematik sowohl aus der Perspektive des erfahrenen Sozialwissenschaftlers als auch aus der des politisch engagierten Zeitgenossen aufzubrechen. Das geschieht auf eine Art und Weise, dass auch Leser, die wenig mit Wirtschaftswissenschaften vertraut sind, angesprochen werden. Colin Crouch hat kein Rezept parat, wie dem Dilemma der Marktbeherrschung und damit der Marktausschaltung durch Konzerne beizukommen ist. Mehr Staat, das ist für ihn keine passende Antwort, da der Staat weitgehend mit dieser fatalen Herrschaftsstruktur verwoben ist. Crouch setzt vielmehr auf eine sich entwickelnde Zivilgesellschaft, getragen von kritischen Bürgern, die in der Lage sind, die Mechanismen der fehlgeleiteten Märkte zu durchschauen. Wenn sich weniger den beherrschenden Marktzwängen aussetzen, sondern sich, soweit möglich, ihnen entziehen, ist schon viel erreicht. Wir wissen aus Beispielen gerade aus der jüngsten Politik, dass sich die Gesellschaft heute mehr und mehr differenziert und segmentiert. Auch das schafft Voraussetzungen dafür, dass die Gesellschaft insgesamt weniger manipulierbar ist und Abwehrmechanismen entwickeln könnte. Vielleicht können neoliberale Ideologie und Praxis bald entzaubert werden. Colin Crouch hat mit seinem Buch wertvolle Argumentationshilfen vorgeschlagen.

Die Begründung der Jury lautet:

„Das politische Buch“ 2012
Jurybegründung

Die Krise der Finanzmärkte, die 2008 einen Höhepunkt erreicht hatte, konnte nur mit erheblicher staatlicher Hilfe, das heißt mit Steuergeldern, ab-gefedert werden. Und drei Jahre später beherrschen die damals vor dem Absturz geretteten Großbanken, die Vorposten neoliberaler Ideologie, wieder das wirtschaftliche und politische Geschehen. Der britische Sozialwissenschaftler Colin Crouch untersucht diese Problematik in seinem Buch „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“. Er beschreibt die Veränderungen der klassischen Markttheorien bis hin zum heutigen Neoliberalismus und zeigt auf, dass es die reine Marktwirtschaft nicht gibt, in der das freie Spiel von Nachfrage und Angebot herrscht. Die Wahlfreiheit der Konsumenten existiert nicht mehr. Die Bedingungen der Unternehmungen am Markt sind höchst unterschiedlich, denn nur Großkonzerne sind in der Lage, sich Informationen zu beschaffen, um effizientere Entscheidungen zu treffen und bei Konsumenten Wünsche zu erzeugen. Konzerne bestimmen, was für den Kunden das Beste zu sein hat. Der Markt korrigiert sich nicht selbst. Darüber hinaus wird Einfluss auf Parteien und Regierungen ausgeübt. Der Staat als dritter Faktor muss sich arrangieren und verliert an Macht, um regulierend eingreifen zu können.

Crouch hat angesichts dieser Fehlentwicklungen keine einfachen Lösungsvorschläge parat. Aber er appelliert an die Bürger, sich als vierte Kraft zu verstehen, als engagierte, kampflustige, vielstimmige Zivilgesellschaft, um die Nutznießer der neoliberalen Arrangements unter Druck zu setzen. Crouch gibt uns eine differenzierte Analyse der gegenwärtigen komplexen wirtschaftspolitischen Geschehnisse mit ihren verhängnisvollen Auswirkungen für Politik und Gesellschaft. Er vermittelt wertvolles Wissen über die Macht der Großkonzerne und ermutigt zu engagiertem Dagegenhalten. Sein Buch leistet damit einen wesentlichen konstruktiven Beitrag zur politischen Diskussion.

Herr Crouch, im Namen der Jury darf ich Sie zu Ihrem Buch und zu dem heutigen Preis herzlich beglückwünschen.

URKUNDE

Die Friedrich-Ebert-Stiftung
verleiht

Colin Crouch

für sein Buch

Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus

Postdemokratie II

den Preis
DAS POLITISCHE BUCH

Dr. Peter Struck
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

Berlin, den 8. Mai 2012

Sprecher: Dr. Klaus Hohlfeld (Mannheim)
Horst Baraczewski (Bremen) · Wolfgang Budde-Roth (Bonn) · Jens Hundrieser (Dinslaken)
Dr. Annette Kasper (Jena) · Barbara Lison (Bremen) · Dr. Dieter Schuster (Düsseldorf)
Werner Stephan (Stuttgart) · Dr. Beate Tröger (Münster)

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Dankesrede

Colin Crouch

Laut Programm soll ich ein Dankeswort sprechen: Vielen Dank an die Jury dafür, dass sie mir diesen großen Preis verliehen hat! Ich befinde mich im Kreise der anderen Preisträger in einer sehr schönen Gesellschaft. Ich möchte auch Herrn Gabriel danken, einem Politiker, der zwei meiner Bücher gelesen hat! Es gab in Großbritannien einen Politiker, der alle meine Bücher gelesen hat. Kurz darauf ist er gestorben. Das war Robin Cook, der einzige Politiker, der an meinen Arbeiten interessiert war. Ich möchte mich auch bei Herrn Geiselberger vom Suhrkamp Verlag bedanken. Er war es, der mich ermutigt hat, dieses Buch zu schreiben. Und schließlich möchte ich mich bei meiner Frau bedanken. Sie muss sich meine Ideen immer als Erste anhören.

Es ist eine große Ehre, diesen Preis zu bekommen – für ein Buch in der Sprache, die die meistgesprochene Muttersprache der Europäischen Union ist. Einen Preis, der an einem sehr ernsten und wichtigen Gedenktag verliehen wird. Es ist auch eine große Ehre, einen Preis von dieser Stiftung zu bekommen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat so viel für die politische Debatte, die politische Bildung – nicht nur in Deutschland – getan. Ich bekomme jeden Tag von verschiedensten Gruppen Blog-Einträge und E-Mails zu neuen Debatten. Und immer ist die Friedrich-Ebert-Stiftung eine der Organisationen, die die jeweilige Debatte organisiert haben. Sie spielt in Europa eine Rolle. Sie ist eine sehr wichtige Stiftung, eine wichtige Einrichtung für die Politik der linken Mitte auf der europäischen Ebene.

Wir haben in Großbritannien einen ähnlichen Preis: den Orwell-Preis. Ich war einer derjenigen, die diesen Preis ins Leben gerufen haben. Er wurde nach dem großen Schriftsteller George Orwell benannt. Orwell sagte, er wolle das politische Schreiben in eine Kunst verwandeln. Wir zeichnen mit diesem Preis Bücher und auch Presseartikel aus, die komplizierte politische Ideen in einer klaren, einfachen Sprache erklären, ohne den Kern des Problems aus dem Auge zu verlieren oder wichtige Details zu vernachlässigen. Das ist harte Arbeit! Es ist aber eine sehr wichtige Arbeit. Es ist vielleicht eine Arbeit, die immer schwieriger wird, denn um so zu schreiben, muss man einen Pfad zwischen zwei immer mehr voneinander abweichenden Formen des politischen Schreibens finden.

Die erste dieser zwei Formen ist die akademische Literatur. Normalerweise schreibe ich unlesbare Dinge, Literatur, die immer weniger verstanden wird. Wir Professoren spezialisieren uns immer mehr, schaffen zu Disziplinen Unterdisziplinen und Unter-Unterdisziplinen, wir drehen uns um uns selbst und sprechen in immer kleineren Gruppen. Das heißt, dass wir in Universitäten, aber nicht in die Welt hinaus sprechen.

Die zweite Art der Literatur, die diese orwellsche Arbeit schwer macht, ist der Journalismus der Massenmedien, der immer stärker simplifiziert. Die

Hauptform der allgemeinen Mitteilungen ist die Reklame geworden: immer weniger echte Auskünfte und Tatsachen, immer weniger Wissen, immer mehr vage Impressionen und Verdrehungen. Hier gibt es auch eine Ironie des Nachlasses von George Orwell und seinem klaren, einfachen Englisch. Seine Leistung war ein bisschen wie die Leistung der Bauhaus-Bewegung in der Baukunst. Beide – Orwell und Bauhaus – hatten gegen den überbordenden, barocken Stil des 19. Jahrhunderts gekämpft, um eine neue Einfachheit und Klarheit zu schaffen. Beide aber waren verletzbar. Sie waren durch einen kommerzialisierten, banalistischen Missbrauch ihrer Arbeit verletzbar. Beim Bauhaus sehen wird das in der Übersimplifizierung in Millionen von langweiligen Gebäuden. Ein Teil des Nachlasses von Orwell hingegen ist die übersimplifizierte Sprache des modernen Journalismus. Das ist eine Tragödie.

Aber um zur Kluft zwischen dem populären und wissenschaftlichen Diskurs zurückzukehren: Wenn diese Kluft immer größer wird, ist nicht nur gute Literatur gefährdet, sondern die Demokratie selbst. Wenn wir über öffentliche Fragen nicht mehr ernsthaft miteinander sprechen können, stirbt die Idee einer demokratischen politischen Gemeinschaft. Was Hitler mit Feuer nicht geschafft hat, schaffen wir dann selbst mit Banalisierung und Überspezialisierung.

Wissen ist problematisch. Wissen ist schwierig. In einer technologischen, wissenschaftlichen Gesellschaft sind Wissen und Kommunikation, die Mitteilung über Wissen immer problematisch. Das Problem ist nicht nur ein Problem für die Sozial- bzw. Wirtschaftswissenschaftler, sondern vielmehr für die Naturwissenschaftler. Wie können wir Fragen wie den Klimawandel, die Umweltschäden, die Macht der großen Pharmafirmen, den Inhalt unseres Essens richtig verstehen, wenn alle diese Fragen, die auch wichtig für unser tägliches Leben sind, von einem großen Wissen abhängen? Wenn wir demokratisch über diese Fragen diskutieren wollen, haben wir Wissen nötig, das sehr schwer zu bekommen ist.

Wie können wir uns wissenschaftliche Auskünfte, die für unser tägliches Leben wichtig sind, beschaffen? Ende des letzten Jahres gab es ein interessantes Beispiel für diesen Streit über wissenschaftliche Auskünfte und Wissen. Das war die Debatte im Europäischen Parlament über Nahrungsmitteletiketten. Sie erinnern sich? Es gab zwei Vorschläge: Ein Vorschlag war, dass gewisse Inhalte eines Nahrungsmittels auf den Etiketten benannt werden sollten, und zwar mit einem Verkehrsampelsystem: rot, gelb, grün. Die zweite Idee war, derartige Auskünfte als Kleingedrucktes auf den Etiketten zu vermerken. Es waren die großen Firmen der Nahrungsmittelindustrie, die auf dieser zweiten Möglichkeit insistierten. Sie haben sehr viel Geld gespendet, um das Verkehrsampelsystem zu verhindern. Und sie hatten Erfolg. Das ist seltsam. Denn wenn die Firmen uns auffordern, ihre Waren zu kaufen, benutzen sie dann kleine Buchstaben oder eher Farben und Bilder? Wenn sie wollen, dass wir etwas sehen, benutzen sie keine kleinen Schriftzeichen.

Es war eine sehr interessante Debatte über das Problem: Wie soll man wissenschaftliche Auskünfte, wissenschaftliches Wissen, das für unser tägliches Leben wichtig ist, richtig vermitteln? Mir kommt es so vor, als ob wir alle – Sozial- und auch Naturwissenschaftler – versuchen müssten, nicht nur akademische Schriften zu verfassen, nicht nur uns dem einfachen Journalismus zuzuwenden, sondern diese schwierigen Ideen zum Beispiel zu Demokratie oder zur Etikettierung von Nahrungsmitteln klar und verständlich zu vermitteln, aber nicht übersimplifiziert.

Es ist sehr interessant, dass viele Wissenschaftler, besonders die Naturwissenschaftler, versuchen, solche Bücher zu schreiben. Mit großem Erfolg. Ich glaube, eine Absicht dieses großen Preises der Friedrich-Ebert-Stiftung ist es, uns zu ermutigen, solche Bücher zu schreiben.

Für die politischen Parteien – links und rechts – ist es schwierig, mit der neuen Gesellschaft oder dem neuen Menschen der postindustriellen Gesellschaft in Kontakt zu treten. Die Parteien, die Gewerkschaften, selbst große Konzerne wurden alle mit Mitteln des 20. Jahrhunderts geschaffen. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Gesellschaft sehr verändert. Die Menschen sind auf allen Ebenen flexibler geworden. Es ist deshalb schwieriger, sie in Gruppen zu fassen. Ich glaube, dass wir nicht erwarten können, dass die Parteien eine neue Politik für eine solche Bevölkerung, eine solche Wirtschaft, eine solche Gesellschaft machen. Ich glaube, dass der Staat und die Zivilgesellschaft immer verschieden sind. Sie können nicht dasselbe sein. Unser Nachbar am Reichpietschufer, Jürgen Kocka, der ehemalige Direktor des Wissenschaftszentrums, hat sehr schöne Artikel über die Zivilgesellschaft geschrieben, in denen er zeigt, dass Staat und Zivilgesellschaft verschieden sind. Sie können nicht dasselbe sein.

In einer demokratischen Gesellschaft gibt es enge Verbindungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Je demokratischer eine Gesellschaft ist, umso enger sind die Verbindungen. Das macht den demokratisierten Staat aus. Deshalb bin ich nur teilweise pessimistisch. Ich bin pessimistisch, weil ich

glaube, dass die Antagonisten sehr mächtig sind. Ich bin pessimistisch, weil ich nicht daran glaube, dass die politischen Parteien verstehen, wie sich die Gesellschaft verändert hat und welche neuen Erwartungen die neuen Menschen der postindustriellen Gesellschaft bezüglich ihrer Lebensverhältnisse haben. Aber ich glaube, dass es möglich ist, diese Verbindungen herzustellen.

Meine politischen Bücher sind, was wir Dystopien nennen. Eine Dystopie ist das Gegenteil von Utopie. In der Utopie macht man alles schön, in der Dystopie macht man alles schlecht – wie George Orwell in seinen zwei Dystopien „Animal Farm“ und „1984“.

Warum schreibt man solche Bücher? Weil man alles schlechtmachen will? Nein. Man schreibt solche Bücher, um Menschen zu ermutigen, etwas anders zu machen. Ich hoffe, dass ich mit meinen Büchern etwas dazu beitragen kann.

Empfehlungsliste 2012

Neben dem Preisbuch empfiehlt die Jury jedes Jahr weitere wichtige politische Bücher:

Marcel Hänggi
Ausgepowert: Das Ende des Ölzeitalters als Chance
Schweizerische Energie-Stiftung, Zürich, Rotpunktverlag,
2011, – 364 S., € 28,00

Unsere heutige Gesellschaftsform ist wesentlich durch die Verwendung fossiler Energieträger geprägt, deren beliebige Verfügbarkeit jedoch dem Ende zuzustreben scheint. Eine drastische Veränderung im Umgang mit Energie stellt zwangsläufig auch die Frage nach der Neuausrichtung von Politik. Hänggis Analysen sind wohltuend unideologisch und die aufgeführten Beispiele beeindruckend, besonders weil sie zeigen, dass die Entwicklung keineswegs zwangsläufig verlief, sondern gelegentlich eher von Zufällen bestimmt war, weshalb „alternative Entwicklungswege" heute prinzipiell möglich seien. Politik und Bürger werden von Hänggi gleichermaßen aufgefordert, einen Freiheitsbegriff zu entwickeln, der zwischen Machbarkeitswahn und Alternativlosigkeit einen nachhaltigen Weg findet.

Axel Honneth
Das Recht auf Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit
Berlin, Suhrkamp Verlag, 2011, – 628 S., € 34,90

Die historische Interpretation des philosophischen Freiheitsbegriffs und die Analyse der verschiedenen Freiheitssphären werden erweitert durch die Erfahrungen im sozialen Bereich. Damit wird das Recht auf Freiheit nicht nur in Bezug auf das Individuum formuliert, sondern gesellschaftlich als Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Nicht nur die Autonomie des Einzelnen kann die Norm sein, sondern die wechselseitige Anerkennung des Rechts auf Freiheit. Damit erschließen sich Möglichkeiten, gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten der Gegenwart kritisch zu begegnen.päischen Idee überwunden werden.

Tanja Jaap
„Alle Muslime sind…".
50 Fragen zu Islam und Islamophobie
Mülheim Verlag an der Ruhr, 2011, – 176 S., € 19,90

„Unbestreitbar: das Netz verändert die Welt" mit diesem Satz eröffnen Kathrin Passig und Sascha Lobo einen gleichermaßen informativen wie humorvollen Parforce-Ritt durch die schöne neue Netzwelt. Neben der Sachinformation kommt auch die Reflexion besonders über die politischen Implikationen eines zunächst einmal technischen Phänomens nicht zu kurz, so dass dieses Buch weit mehr ist als eine Betriebsanleitung für das Web. Angenehm ist es, dass trotz des bisweilen komplexen Sachverhaltes die Lesbarkeit auch für Internet-Laien erhalten bleibt. Deutsche Autoren können keine gut lesbaren Sachbücher schreiben? Falsch – hier ist eins.

Stefan Kreutzberger / Valentin Thurn
Die Essensvernichter.
Taste the Waste – Warum die Hälfte aller Lebensmittel im Müll landet und wer dafür verantwortlich ist
Köln, Kiepenheuer & Witsch Verlag, 2011, – 319 S., € 16,99

Ein Akt der Verachtung: Rund ein Drittel unserer Lebensmittel, bis zu 20 Millionen Tonnen alleine in Deutschland, landen im Müll, das Meiste schon auf dem Weg vom Acker in den Laden. Die Industriestaaten verklappen sogar nahezu 50 % der Nahrungsmittel. Zugleich hungern heute mehr Menschen als je zuvor. Die verschwendeten Lebensmittel würden zwei bis drei Mal ausreichen, um alle Hungernden in der Welt zu versorgen. Die Autoren sind den vielfältigen Ursachen und Folgen dieser Vergeudung auf der Spur: Sie erläutern die globalen Probleme wie Hunger, Klimawandel, Umweltschäden und erklären die Zusammenhänge dieser Probleme und die Folgen von Konsumwahn und Wegwerfmentalität. Wirtschaft und Politik werden zum Umsteuern aufgefordert, aber auch die Gesellschaft und jeder einzelne Verbraucher hat die Möglichkeit, Veränderungen zu bewirken.

Zafer Şenocak

Deutschsein. Eine Aufklärungsschrift

Hamburg, Edition Körber Stiftung, 2011, – 190 S., € 16,00

Zafer Şenocak wirbt für ein offenes, tolerantes Miteinander von Migranten und Einheimischen im Einwanderungsland Deutschland, damit Integration gelingen kann. Der deutsch-türkische Schriftsteller ermahnt einerseits die Immigranten, vor allem angemessene deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben und die deutsche Rechtsordnung zu akzeptieren. Die Deutschen fordert er andererseits auf, sich angesichts der auch von Migranten geprägten Gesellschaft auf eine kritische Reflexion des deutschen Selbstverständnisses einzulassen und dies als Chance zur Verbesserung des eigenen Selbstbewusstseins zu nutzen. Wenn eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Herkunftsidentität der jeweils anderen erfolgt, können geschlossene Kulturkreise aufgebrochen werden zugunsten eines weltoffenen Kulturverständnisses.

Die Jurymitglieder

Horst Baraczewski
Jahrgang 1954. Abitur, Buchhändler-Lehre. Seit 1993 Geschäftsführer der Buchhandlung Arthur Geist GmbH, Bremen. Mitglied im Vorstand der Bremer Literaturstiftung seit 1994. Mitglied der Jury seit 1997.

Wolfgang Budde-Roth
Jahrgang 1939. Studium der Philosophie und Theologie, Geschichte und Politikwissenschaften, daneben Latein und Soziologie. Bibliothekar a. D. in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mitglied der Jury seit 1983.

Dr. Klaus Hohlfeld
Jahrgang 1939. 1959 bis 1964 Studium, vor allem Geschichte und Germanistik. Promotion mit einem zeitgeschichtlichen Thema. 1967 bis 1973 Fachreferent für Geschichte und Sozialwissenschaften bei den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen. Seit 1973 an der Stadtbücherei Mannheim, von 1976 bis 2002 als deren Direktor. Fachveröffentlichungen zur Bibliothekspolitik und -geschichte. Mitarbeiter des bibliothekarischen Besprechungsdienstes der Fachzeitschrift „Buch und Bibliothek" in den Gebieten Politik, Zeitgeschichte und Theater. Von Anfang an (1982) Mitglied der Jury „Das politische Buch", seit 1990 deren Sprecher.

Jens Hundrieser
Jahrgang 1940. Geboren in Danzig. Studium zum Dipl. Bibliothekar in Göttingen. Dozent zur Ausbildung von Büchereiassistenten im Kirchlichen Dienst beim Deutschen Verband evangelischer Büchereien, Göttingen. Von 1977 bis Ende 2005 Leiter der Stadtbibliothek in Dinslaken.

Dr. Annette Kasper
Jahrgang 1953. Studium in Jena (Deutsch, Geschichte, Pädagogik), anschließend Forschungsstudium und Promotion, bis Februar 1994 wissenschaftliche Assistentin an der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft der Universität Jena, ab März 1994 Arbeit in der Kulturabteilung des Zeisskombinates, seit September 1995 Leitung der Ernst-Abbe-Bücherei Jena.

Barbara Lison
Jahrgang 1956. Studium der Slawistik, Geschichte, Erziehungswissenschaften, danach mehrere leitende Positionen im Bibliothekswesen, seit 1992 Direktorin der Stadtbibliothek Bremen. Beratertätigkeiten für Bibliotheken im In- und Ausland. Geschäftsführerin und Jurymitglied der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung zur Verleihung des Bremer Literaturpreises.

Dr. Dieter Schuster
Jahrgang 1927. Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie in Bonn. 1958 Promotion. 1960-1965 Mitarbeiter am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. 1966-1992 Leiter des Archivs, der Bibliothek und der Dokumentation beim Bundesvorstand des DGB. Mehrere Publikationen zur Geschichte der SPD und zur Geschichte der Gewerkschaften.

Werner Stephan
Jahrgang 1947. Studium des Bauingenieurwesen und der Geowissenschaften. Bibliothekar seit 1979 zunächst in Darmstadt, später bei der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main als Direktor für Dienstleistungen und Benutzung. In dieser Funktion wesentlich beteiligt am Neubau der Deutschen Bibliothek/Frankfurt. Seit Anfang 1998 Direktor der Universitätsbibliothek Stuttgart. Aktive Mitarbeit in der International Federation of Library Associations (IFLA) und in der International Standard Organisation, in der Deutschen UNESCO-Kommission und als von der EU bestellter Gutachter.

Dr. Beate Tröger
Jahrgang 1961. Studium der Philosophie, Erziehungswissenschaften, Germanistik und Kunstgeschichte, anschließend Promotion im Jahr 1993. Danach mehrere leitende Positionen im Bibliothekswesen, seit Mai 2004 Direktorin der Universitäts- und Landesbibliothek Münster. Vorstandsmitglied von DINI (Deutsche Initiative für Netzwerkinformation).

Die Preisträger „Das politische Buch“ seit 1982

1982 Bonn, 10. Mai

Preisträger: Horst Brehm
Gerd Pohl
Ingeborg Bayer
Alwin Meyer
Karl-Klaus Rabe
Festrede: Björn Engholm

1983 Bonn, 10. Mai

Preisträger: Christian Schaffernicht
Dietrich Güstrow
Festrede: Axel Eggebrecht

1984 Bonn, 10. Mai

Preisträger: Andrew Wilson
Johano Strasser/Klaus Traube,
August Rathmann
Festrede: Dr. Hans-Jochen Vogel

1985 Bonn, 10. Mai

Preisträger: Tomi Ungerer
Dieter Bänsch,
Büchergilde Gutenberg
Festrede: Monika Wulf-Mathies

1986 Bonn, 14. Mai

Preisträger: Wolfgang Apitzsch/Thomas Klebe/Manfred Schumann
Lisa Fittko
Regina Becker-Schmidt/Gudrun-Axeli Knapp/
Beate Schmidt
Festrede: Johannes Rau

1987 Bonn, 21. Mai

Preisträger: Günter Gaus
Angela Joschko/Hanne Huntemann
Ruhrfestspiele Recklinghausen
Festrede: Holger Börner

1988 Bonn, 18. Mai
Preisträger: Michail Gorbatschow
Gordon A. Craig
Festrede: Peter Glotz

1989 Bonn, 10. Mai
Preisträger: Helmut Schmidt
Gioconda Belli
Walter Michler

1990 Prag, 26. Mai
Preisträger: Václav Havel
Walter Janka

1991 Leipzig, 10. Mai
Preisträger: Timothy Garton Ash
Reinhard Bohse

1992 Bonn, 4. Juni
Preisträger: Klaus Kordon
Wolfgang Benz
Festrede: Renate Schmidt

1993 Bonn, 12. Mai
Preisträger: Hans Magnus Enzensberger,
Regina Griebel/Marlies Coburger/Heinrich Scheel
Festrede: Hans-Ulrich Klose

1994 Leipzig, 10. Mai
Preisträger: Martin und Sylvia Greiffenhagen
Wolfgang Sofsky
Festrede: Günter Wichert

1995 Bonn, 10. Mai
Preisträger: Norberto Bobbio
Dieter Nohlen/Franz Nuscheler
Festrede: Erhard Eppler

1996 Berlin, 10. Mai
Preisträger: Peter Merseburger
Ernst Ulrich von Weizsäcker/
Amery B. & L. Hunter Lovins
Festrede: Manfred Stolpe

1997 Bonn, 14. Mai
Preisträger: Noa Ben Artzi-Pelossof
Ulrich Herbert
Festrede: Reinhard Höppner

1998 Bremen, 19. Mai
Preisträger: Markus Tiedemann
Swetlana Alexijewitsch
Festrede: Henning Scherf

1999 Bonn, 18. Mai
Preisträger: Richard Sennett
Frank Böckelmann
Festrede: Anke Fuchs

2000 Berlin, 9. Mai
Preisträger: Wolfgang Engler
Festrede: Wolfgang Thierse

2001 Berlin, 10. Mai
Preisträger: Heinrich August Winkler
Festrede: Julian Nida-Rümelin

2002 Berlin, 7. Mai
Preisträger: Michael Howard
Festrede: Erhard Eppler

2003 Berlin, 14. Mai
Preisträger: Gunter Hofmann
Festrede: Peter Glotz

2004 Berlin, 13. Mai
Preisträger: Michael Mann
Festrede: Jürgen Kocka

2005 Berlin, 12. Mai
Preisträger: Carolin Emcke
Festrede: Heidemarie Wieczorek-Zeul

2006 Berlin, 9. Mai
Preisträger: Erhard Eppler
Festrede: Hubertus Heil

2007 Berlin, 10. Mai
Preisträger: Nadja Klinger und Jens König
Festrede: Matthias Platzeck

2008 Berlin, 6. Mai
Preisträger: Peter Schaar
Festrede: Ehrhart Körting

2009 Berlin, 12. Mai
Preisträger: Christiane Grefe und Harald Schumann
Festrede: Wolfgang Thierse

2010 Berlin, 11. Mai
Preisträger: Rolf Hosfeld
Festrede: Andrea Nahles

2011 Berlin, 5. Juli
Preisträger: Peer Steinbrück
Festrede: Dr. Wolfgang Schäuble

2012 Berlin, 8. Mai
Preisträger: Colin Crouch
Festrede: Sigmar Gabriel

Die Friedrich-Ebert-Stiftung verleiht jährlich den Preis „Das politische Buch“

Durch den Preis wird die große Bedeutung des politischen Buchs für die lebendige Demokratie gewürdigt.

Er wird verliehen an herausragende Neuerscheinungen, die sich kritisch mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen auseinandersetzen, diese auf der Höhe der Zeit durchdringen und einem breiten Publikum verständlich machen.

Ausgezeichnet werden Bücher, die richtungsweisende Diskurse anstoßen und wichtige Impulse für die Auseinandersetzung mit zentralen politischen Fragen geben.

Die prämierten Bücher sollen politisches Interesse stärken und gesellschaftspolitisches Engagement befördern. Sie müssen in deutscher Sprache vorliegen.

Der Preis „Das politische Buch“ zählt zu den bedeutendsten Buchpreisen dieser Art im deutschsprachigen Raum. Er ist mit 10.000 Euro dotiert. Die Entscheidung über die Vergabe trifft eine unabhängige Jury. Außerdem stellt die Jury eine Liste mit weiteren empfehlenswerten politischen Büchern zusammen.

In mahnender Erinnerung an die nationalsozialistische Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 findet die Preisverleihung jährlich im Mai statt.

Weitere Informationen zum Preis finden Sie unter:
www.fes.de/daspolitischebuch

Jeder hat das Recht, Vorschläge einzureichen. Der Einsendeschluss für Buchvorschläge ist jeweils der 15. Oktober.

Geschäftsführer der Jury

Dr. Tobias Mörschel
Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Tel.: 030 26935-7143
Fax: 030 26935-9245
tobias.moerschel@fes.de

Sekretariat der Jury

Agnes Gergely
Friedrich-Ebert-Stiftung
Kurt-Schumacher-Akademie
Willy-Brandt-Straße 19
53902 Bad Münstereifel
Tel.: 02253 9212 - 18
Fax: 02253 8091
agnes.gergely@fes.de

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG